

Gesetzblatt

für die Freie Stadt Danzig

Nr. 16

Ausgegeben Danzig, den 22. März

1933

Inhalt: Verordnung zur Abänderung der Rechtsverordnung zur Ergänzung und Durchführung der Verordnung zur Belegung der Wirtschaft	§. 121
Verordnung zur Abänderung der Verordnung zur Sicherung der Frühjahrsdüngung und Saatgutversorgung	§. 121
Druckfehlerberichtigung	§. 122

Verordnung

zur Abänderung der Rechtsverordnung zur Ergänzung und Durchführung der Verordnung zur Belegung der Wirtschaft vom 18. 11. 1932.

Vom 18. 3. 1933.

Auf Grund des § 5 der Verordnung zur Belegung der Wirtschaft, zugleich zur Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Wohnungsnot (Wohnungsbaugesetz) vom 27. 3. 25 (G. Bl. S. 79) in der zur Zeit geltenden Fassung vom 18. 11. 1932 (G. Bl. S. 759) wird folgendes mit Gesetzeskraft erordnet:

Artikel I

Die Rechtsverordnung zur Ergänzung und Durchführung der Verordnung zur Belegung der Wirtschaft, zugleich zur Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Wohnungsnot (Wohnungsbaugesetz) vom 27. 3. 1925 (G. Bl. S. 79) in der zurzeit geltenden Fassung vom 18. 11. 1932 (G. Bl. S. 759) wird wie folgt abgeändert:

§ 2 erhält folgenden Wortlaut:

„§ 2

Die Anrechnung darf nicht überschreiten:

- 50 % des Veranlagungsfolles der Wohnungsbauabgabe für 1933,
- die Höhe der tatsächlich im Rechnungsjahr 1933 gezahlten Wohnungsbauabgabe einschl. der vom Wohlfahrtsamt gewährten Mietbeihilfen,
- die Hälfte der für Reparaturen im Sinne der §§ 4—9 aufgewendeten Beträge.

Die nach dem endgültigen Anrechnungsbescheid (§ 11) anzurechnenden Beträge werden in monatlichen Teilbeträgen bis zur endgültigen Abrechnung des Wohnungsbauabgabekontos für das Rechnungsjahr 1933/34 gestundet.

Artikel II

Diese Verordnung tritt rückwirkend mit dem 18. November 1932 in Kraft.

Danzig, den 18. März 1933.

Der Senat der Freien Stadt Danzig
Dr. Wiercinski-Reiser Dr. Hoppenrath

Verordnung

zur Abänderung der Verordnung zur Sicherung der Frühjahrsdüngung und Saatgutversorgung vom 1. 4. 1932 (G. Bl. S. 193).

Vom 14. 3. 1933.

Auf Grund des § 1 Ziffer 26, 23 und 32 des Ermächtigungsgesetzes vom 1. 9. 1931 (G. Bl. S. 719) in Verbindung mit § 1 des Ermächtigungsgesetzes vom 28. 6. 1932 (G. Bl. S. 403) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

Artikel I

Im § 5 Abs. 2 treten an die Stelle der Worte „bis zum 31. März 1933“ die Worte: „bis zum 30. Juni 1933“.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Danzig, den 14. März 1933.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Dr. Wiercinski-Reiser Hinz

40

Druckfehlerberichtigung.

In der Vierten Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung vom 10. März 1933 (G. Bl. S. 113) muß es heißen:

- a) im Artikel I § 7 Abs. III Zeile 1 statt „zwei Wochen“ „vier Wochen“ und in Zeile „§ 6 Abs. 2 bis 4“ „§ 6 Abs. II bis IV“,
- b) im Artikel IV Abs. II in Zeile 1 statt „§ 7 Abs. 1 oder § 10 Abs. 2“ „§ 7 Abs. § 10 Abs. II“.

Danzig, den 20. März 1933.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

Artikel I
 Die Verordnung tritt rückwirkend mit dem 18. November 1932 in Kraft.
 Der Senat der Freien Stadt Danzig
 Dr. Wiercinski-Reiser Dr. Sopperstein

Verordnung
 Die Verordnung tritt rückwirkend mit dem 18. November 1932 in Kraft.
 Der Senat der Freien Stadt Danzig
 Dr. Wiercinski-Reiser Dr. Sopperstein

Artikel I
 Die Verordnung tritt rückwirkend mit dem 18. November 1932 in Kraft.
 Der Senat der Freien Stadt Danzig
 Dr. Wiercinski-Reiser Dr. Sopperstein